

August 28, 1980

**Letter by the General Secretary of the CC of the
CPSU, Gorbachev, to the Chairman of the SPD,
Brandt**

Citation:

"Letter by the General Secretary of the CC of the CPSU, Gorbachev, to the Chairman of the SPD, Brandt", August 28, 1980, Wilson Center Digital Archive, Willy Brandt Archive, A9,7, Schreiben Breschnew an Brandt, 28.8.1980. Also published in Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bonn (Dietz) Vol. 9, 2003. Contributed by Bernd Rother.
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/120730>

Credits:

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

28.8.80

Sehr geehrter Willy Brandt!

Die Gedanken, die Sie in dem Schreiben vom 12. August d.J. anlässlich des 10. Jahrestages des Moskauer Vertrages dargelegt haben, veranlassen mich, nochmals an Sie zu wenden und Ihnen einige Überlegungen ~~anzuvertrauen~~ ^{deshalb,} besonders weil Sie Vorsitzender der Sozialistischen Internationale sind.

Wie Sie mit Recht betonten, steht die Entspannungspolitik vor einer neuen Prüfung. In der Tat, wird die Weltlage überaus ernst. Erst vor kurzem habe ich in Gesprächen mit dem Bundeskanzler Schmidt und dem Präsidenten Frankreichs Giscard d'Estaing unsere diesbezüglichen Überlegungen ausführlich dargelegt. Unsere Auffassung über die Ursachen der andauernden Zuspitzung der internationalen Beziehungen ist Ihnen bekannt.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben ein noch größeres Element der Ungewißheit und Instabilität in die internationale Lage hineingebracht. Ich meine in erster Linie die von den Vereinigten Staaten verkündete "neue Nuklearstrategie", die nach der Auffassung sowohl der westlichen, als auch der sowjetischen Experten das Risiko eines nuklearen Zusammenstosses vergrößert. Deutlicher wurde auch die Rolle, die die USA im Rahmen dieser Strategie den neuen Kernwaffen mittlerer Reichweite beimessen, die entsprechend dem Beschluß des Nato-Rates zur Stationierung in den west-europäischen Ländern bestimmt sind.

Selbstverständlich ist die Sowjetunion imstande alle Herausforderungen seitens der amerikanischen und der NATO Militaristen zu beantworten. Die UdSSR und ihre Verbündeten sind in der Lage, alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu

ergreifen. Wir möchten aber nicht, daß die Entwicklung den Weg einschlägt, auf den der Brüsseler Nato-Beschluß und die "neue Nuklearstrategie" der USA drängen, d.h. den Weg eines neuen Aufschwungs der Rüstungen in den 80er Jahren mit allen riesigen Ausgaben und unberechenbaren internationalen Komplikationen.

Man soll sich völlig im klaren sein, daß die Maßnahmen, die zur Zeit von den Vereinigten Staaten unternommen werden, einen gefährlichen Versuch darstellen, den Völkern den Gedanken beizubringen, daß ein Atomkrieg real ist und "gewonnen werden kann".

Wir sind der Meinung, daß die verantwortlichen Politiker von einer anderen Perspektive für die Menschheit ausgehen sollten, Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung der internationalen Probleme mit Hilfe von Verhandlungen suchen sollten. Was uns anbetrifft, so gibt es keine Probleme in Europa, Asien und in anderen Teilen der Welt, die die sozialistischen Länder nicht bereit wären, auf dem Verhandlungstisch zu regeln. Mehr als einmal haben wir auch uns bereit erklärt, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Begrenzung und den Verbot aller möglichen Waffenarten zu vereinbaren.

Eine solche Vereinbarung setzt, selbstverständlich, voraus, - und hier sind wir mit Ihnen offensichtlich einer Meinung, - die Anerkennung des entstandenen annähernden Kräftegleichgewichts. Die Handlungen der US-Administration zeigen aber, daß die amerikanischen regierenden Kreise sich nicht mit dem annähernden Gleichgewicht zufriedenstellen wollen (im Gegensatz zu unserer Vereinbarung mit dem Präsidenten Carter im Sommer des vorigen Jahres). Jetzt machen sie sogar kein Hehl daraus, daß sie den Kurs auf die

Erreichung der militärischen Überlegenheit als ^{der} materiellen Grundlage der Politik der nuklearen Erpressung genommen haben.

In dieser Hinsicht bestätigt das Erscheinen der Direktive-59 leider nur die Besorgnisse und Warnungen, die wir im Herbst des vorigen Jahres zum Ausdruck gebracht haben, als die Absicht der NATO, die Herstellung und Stationierung der neuen amerikanischen nuklearen Raketenwaffen in den Ländern Westeuropas gutzuheißen, bekannt wurde. Damals bestand die Möglichkeit einen neuen Sprung im Anwachsen der nuklearen Rüstungen zu verhindern. Doch haben die Regierungen der Nato-Ländern diese Möglichkeit nicht wahrnehmen wollen. Vor kurzem haben wir, wie es Ihnen bekannt ist, einen neuen Schritt unternommen. Wir schlugen vor, mit der Erörterung der Frage über die nuklearen Raketen der mittleren Reichweite gleichzeitig und im organischen Zusammenhang mit der Frage über die amerikanischen vorgeschobenen Kernwaffen zu beginnen, ohne die Ratifizierung des SALT-2-Vertrages abzuwarten. Selbstverständlich würden die möglichen Vereinbarungen erst nach dem Inkrafttreten des SALT-2-Vertrages verwirklicht werden können. Dieser von mir während des Treffens mit dem Bundeskanzler Schmidt vorgetragene Vorschlag wurde sogleich der amerikanischen Regierung mitgeteilt, doch bis zu jetzigem Zeitpunkt fehlt ihre Antwort. In den letzten Tagen habe ich mich an den Präsidenten der USA mit einem Schreiben gewandt, in dem ich vorgeschlagen habe, ohne weitere Verzögerungen den Beginn offizieller Verhandlungen zu vereinbaren. Ich habe auch entsprechende Briefe an den Bundeskanzler Schmidt und an die Führer anderer Nato-Staaten gesandt, was Ihnen wahrscheinlich bereits bekannt ist.

Ich möchte betonen, daß wir zu unserem Vorschlag mit vollem Ernst stehen, wie es die Lage und unsere Pflicht als politische Führer, die eine riesige Verantwortung über die Schicksale der Welt tragen, fordern. Mit dem Vorschlag, die Verhandlungen unverzüglich aufzunehmen, verbinden wir keinerlei politische oder propagandistische Nebenabsichten. Man kann meiner Meinung nach feststellen, daß unsere Initiative in offiziellen westeuropäischen Kreisen, in Kreisen der Öffentlichkeit mit Interesse aufgenommen wurde. Wir betrachten mit Genugtuung, daß sie Unterstützung sowohl von der Seite des Bundeskanzlers H. Schmidt als auch von Ihrer Seite erfahren hat. Ich will aber nicht verheimlichen, daß die Einstellung der amerikanischen Führung uns Sorge bereitet. Die Regierung der USA läßt auf eine Antwort warten, mehr noch - sie versucht eindeutig das Interesse an dem sowjetischen Vorschlag einzudämmen. In den Erklärungen der hochrangigen amerikanischen Politiker wird die Absicht deutlich, den Beginn der Verhandlungen auf jede Weise zu verzögern.

Dabei beruft man sich wohl in erster Linie auf die Präsidentenwahlen in den USA. Ich sage ehrlich: Angesichts der Bedeutung der Fragen, um die es sich handelt und die die Schicksale der Menschheit berühren, erscheint eine solche Berufung in sich selbst haltlos und nicht solide. Die Probleme des Friedens oder des Kriegs dürfen nicht in Abhängigkeit zur Konjunktur der Wahlen in dem einen oder dem anderen Land gebracht werden. Bei uns entsteht aber der Eindruck, daß die Sache letzten Endes wohl doch nicht an den Wahlen liegt, sondern daran, daß unter den regierenden Kreisen der USA eine negative Haltung zu den Verhandlungen dominiert, weil ein Zustandekommen von

Vereinbarung auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit mit den heutigen militär-strategischen Zielsetzungen der USA nicht übereinstimmt. Allem Anschein nach ist die amerikanische Führung nicht auf ernsthafte Verhandlungen ausgerichtet, sie ist nicht bereit gegenseitig annehmbare Vereinbarungen zu suchen.

Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, wie schwerwiegend die Folgen einer weiteren Verzögerung von Verhandlungen sein werden. Dies würde bedeuten, eine Entwertung schon abgeschlossener Verträge und Abkommen, wie SALT-1 und SALT-2, hinzunehmen. Die Sowjetunion wird ^{sein} gezwungen, zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu ergreifen, was offensichtlich die Grundlage selbst für eventuelle Verhandlungen verändern wird. Unvermeidlich würden auch andere Abrüstungsverhandlungen abgebremst, darunter auch die Verhandlungen in Wien. Letzten Endes würde eine Verzögerung eine noch größere Untergrabung der Entspannung, Unterminierung von all dem bedeuten, was uns durch gemeinsame Anstrengungen in den 70er Jahren gelungen war, in der Sache der Gewährleistung der Entspannung, der Sicherung des Friedens und der Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften vielfältigen internationalen Zusammenarbeit zu erreichen.

Wir glauben, daß entsprechend der Logik der Dinge, die Völker, die politischen Parteien, die breite Öffentlichkeit Westeuropas zu einer ~~mehr~~ tätigeren Rolle in den Fragen der Begrenzung der nuklearen Rüstung in Europa berufen sind. Man würde einen unverzeihbaren Fehler begehen, wenn man sich von einer Stimmung der Beschwich-tigung leiten ließe in der Auffassung, die Bereitschaft zu Verhand-

lungen ^{sei} schon vorhanden und der Prozeß ihrer Vorbereitung ginge so zu sagen seinen Gang.

In Anbetracht der entstandenen Lage wird man sich offensichtlich auf der staatlichen Ebene nicht wenig Mühe ~~geben~~ müssen, damit die Verhandlungen beginnen und in einer konstruktiven Atmosphäre verlaufen können. Eine wichtige Rolle aber könnten dabei die Aktivitäten und die Beharrlichkeit der europäischen Öffentlichkeit spielen.

Wir wissen, daß die Parteien der Sozialistischen Internationale sich positiv zum sowjetischen Vorschlag geäußert haben, die Idee der Verhandlungen unterstützen. Wir rechnen damit, daß der Ernst der Lage die sozial-demokratischen Parteien zur Verstärkung der Austreibungen in dieser Richtung veranlassen wird.

Mein Gespräch im vorigen Jahr in Moskau mit der Arbeitsgruppe der Sozialistischen Internationale über die Fragen der Abrüstung hat bei mir den Eindruck hinterlassen, daß wir über ein bestimmtes gegenseitiges Einverständnis verfügen in bezug auf die dringlichsten Aufgaben des Kampfes für die Erhaltung der Entspannung, gegen das Wettüsten und für die Abrüstung. Wir hoffen, daß die damals von den Vertretern der Sozialistischen Internationale vorgetragene Gedanken nicht lediglich auf dem Papier bleiben, sondern ihren Ausdruck in den konkreten politischen Handlungen finden werden, die in der gegenwärtigen Lage so notwendig sind.

Ihr persönliches Ansehen, sowie der Einfluß der Parteien der Sozialistischen Internationale können zu einem wichtigen Faktor dafür werden, daß die Chance nicht versäumt wird, einer neuen, sehr gefährlichen Runde des Wettüstens vorzubeugen, konstruktive Verhandlungen zu beginnen, die eine Wende zur tiefgreifenden militärischen Entspannung fördern könnten. Ich würde gerne sehr

geehrter Willy Brandt, Ihre Meinung über die erwähnten Fragen erfahren.

Hochachtungsvoll

L.BRESHNEW

den 28. August 1980